



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

143. Ratssitzung vom 4. Juni 2025

4664. 2023/455

Parlamentarische Initiative der SP-, SVP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 20.09.2023: Festlegung der Taxen in den Alterszentren durch den Gemeinderat, Änderung der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP)

Antrag der Parlamentarischen Initiative

Art. 16 der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP) wird wie folgt geändert:

"Der Gemeinderat legt die Taxen gemäss den in den Art. 8–15 festgelegten Grundsätzen in einer Verordnung fest."

Referat zur Vorstellung des Berichts:

Nadina Diday (SP): Die Parlamentarische Initiative (PI) wurde von der SP, der AL, den Grünen und damals der SVP eingereicht. Das geschah im Nachgang zum stadträtlichen Beschluss, womit Taxen in den Gesundheitszentren für das Alter (GFA) substanziell erhöht werden sollen. Die PI fordert, dass man den Artikel 16 der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP) so ändert, dass nicht mehr der Stadtrat, sondern der Gemeinderat die Kompetenz über dieses Anliegen hat. Was auf den ersten Blick nach einer trockenen Materie klingt, hat sich in der Kommissionsarbeit als diskussionswürdig und komplex erwiesen. Als Erstes hörten wir die Initiantinnen und Initianten an. Florian Utz (SP) hob folgendes Argument heraus: Gemäss der Gemeindeordnung (GO) ist der Gemeinderat dafür zuständig, über Taxen und Gebühren in wesentlicher Höhe zu entscheiden. Diese wesentliche Höhe ist in den GFA mit durchschnittlich 6000 Franken pro Jahr erreicht. Aus einem demokratischen Gesichtspunkt ist es schlicht richtig, dass so wichtige Taxänderungen nicht vom Stadtrat, sondern vom Parlament gutgeheissen werden. Weiter hörten wir den Stadtrat an. STR Andreas Hauri betonte, dass die VsEP vom Gemeinderat Ende des Jahres 2022 im Wissen um die Taxerhöhung gutgeheissen wurde. Er wies ebenfalls darauf hin, dass die Taxerhöhung nicht im luftleeren Raum entstand, sondern weil die totalen Kosten wegen der Teuerung gestiegen sind. Es gäbe keine kostendeckenden Gesundheitszentren mehr, wenn die bestehenden Taxen nicht erhöht würden. Der Preisüberwacher beschäftigte sich ebenfalls mit der Erhöhung und kam zum Schluss, dass die Taxe gerecht und angemessen sei. Nach diesen Austauschen befragten wir



Mitarbeitende des Gesundheits- und Umweltdepartements (GUD) zu juristischen und inhaltlichen Fragen der Kompetenzverschiebung. Die Frage, was nach der Kompetenzverschiebung geschieht, kam immer wieder auf. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des GUD, bei der Rechtskonsulentin des Gemeinderats und bei Professor Dr. Uhlmann möchte ich mich für die kompetenten Auskünfte bedanken. Nach den Diskussionen kam die Kommissionsmehrheit – bestehend aus FDP, GLP, Die Mitte/EVP und SVP – zum Schluss, dass sie das Anliegen der PI ablehnen möchte und die Kompetenz zur Festlegung von Taxen beim Stadtrat bleiben soll. Sie argumentierten damit, dass die Verwaltung eine hohe Expertise habe und dass es eine Gefahr für die systemrelevanten privaten Anbieter von Alterszentren darstelle, vom Markt vertrieben zu werden, wenn sie noch mehr unter Druck gerieten. Die Kommissionsminderheit – bestehend aus SP, Grüne und AL – unterstützt die Initiative und beantragt die Änderung von Artikel 16.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Nicolas Cavalli (GLP): *Der Gemeinderat hat die VsEP im November 2022 angenommen. Darin war klar definiert, dass der Stadtrat Taxen festlegt. Obwohl alle demokratischen Mittel zur Verfügung standen, wurde dagegen kein Referendum erhoben. Die Taxe wurde seit dem Jahr 2016 nicht erhöht und war somit nicht mehr realitätsnah. Der Preisüberwacher hat das Modell der Taxerhöhung bestätigt. Auch zu diesem Zeitpunkt hätte Einsprache erhoben werden können, aber es wurde kein Referendum eingereicht. Doch einige Monate später kam der Vorwurf aus den Reihen der linken Parteien, dass der Stadtrat Profit schlagen und die Taxe ungerecht erhöhen wolle. Die betriebswirtschaftliche Verantwortung, die der Stadtrat der Bevölkerung gegenüber wahrnehmen muss, hat nichts mit Profitgier zu tun. Als die PI eingereicht wurde, machte man in der Kommission deutlich, dass es nicht um die Gebührenerhöhung an sich, sondern um die Mitsprache und den Einfluss des Parlaments gehe. Doch wie gesagt: Die demokratischen Mittel wurden vorher nicht genutzt. Man muss hier ehrlich sein, dass es nicht um die Demokratie, sondern um eine Machtdemonstration auf Kosten der fachlichen Qualität, Kostenstabilität und sozialen Gerechtigkeit geht. Das Thema der PI ist bereits ein- einhalb Jahre im politischen Diskurs. Vorgesehen wären sechs Monate gewesen. Während dieser Zeit machte die SVP eine Kehrtwende um 180 Grad. Mit der PI werden wir uns in eine politische Endlosschleife reiten, denn mit der Kompetenzverschiebung wird es immer wieder Diskussionen geben, was die richtige Höhe der Taxe sei. Für uns ist es nicht seriös, wenn wir uns als Gemeinderat anmassen, beurteilen zu können, was die richtigen Taxen sind. Es wird ein willkürlicher Zahlenbasar sein, getarnt mit dem Mantel der Transparenz und Demokratie. Wir sprechen von einem hochkomplexen, betriebswirtschaftlichen Thema einer Kalkulation, wie uns in der Kommission dargelegt wurde. Mit der Willkür, die wir kreieren werden, gibt es keine Planungssicherheit mehr, besonders für die betroffenen Personen. Die politischen Verhältnisse im Rat können sich regelmässig ändern und so wird die Diskussion immer wieder aufkommen. Die letzten ein- einhalb Jahre zeigten, dass die Kommissionsminderheit unehrlich ist. Es ging nie um Mitsprache, sondern nur darum, die Taxerhöhung zu stoppen oder rückgängig zu machen. Der Stadtrat hat auf einer klaren rechtlichen Grundlage gehandelt und die betriebswirtschaftlichen Überlegungen dargelegt. Betriebswirtschaftlich bedeutet, dass*



man einen effizienten Einsatz von Ressourcen zur Sicherung einer langfristigen Leistungsfähigkeit des Betriebs gewährleisten kann. Diese Verantwortung nimmt der Stadtrat wahr, gerade im Hinblick auf die durchgeführte Taxerhöhung – Stichwort Inflation. Die Marktverzerrung ist für die Mehrheit ein Mitgrund, wieso wir die Kompetenzverschiebung ablehnen. Mit einer Taxsenkung werden die systemrelevanten privaten Anbieter weiter unter Druck geraten. Andere Gebühren, wie die von Abfallsäcken, betreffen im Unterschied zu dieser Taxe alle Bewohner der Stadt. Wenn die Taxe tief angesetzt wird, profitieren nicht nur Leute, die auf die Leistung der städtischen Einrichtungen angewiesen sind, sondern auch die, die es sich eigentlich leisten könnten. Es ist klar, dass es ein sozialpolitisches Geschäft ist. STR Raphael Golta müsste sich dazu äussern, da es mit Gesundheit nichts mehr zu tun hat. Die Hälfte der betroffenen Personen sind durch Zusatzleistungen abgesichert und die Erhöhung war damit voll gedeckt. Mit der angestrebten tiefen Taxe werden alle zu Niessnutzer*innen, die es nicht nötig haben. Die Kommissionsmehrheit, die hier die Ratsminderheit ist, findet die Verschiebung weder sinnvoll noch zielführend. Die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen auf die städtischen Einrichtungen sind schwer absehbar und vermögende Personen würden von den tiefen Taxen profitieren. Dem Gemeinderat fehlt die fachliche Kompetenz für die seriöse Festlegung der Taxen. Die Kommissionsmehrheit ist gegen die Kompetenzverschiebung.

Nadina Diday (SP): Die Kommissionsminderheit beantragt, Artikel 16 der VsEP so zu ändern, wie es von der PI verlangt wird: Neu legt der Gemeinderat die Taxen fest und nicht der Stadtrat. Das ist kein simpler juristischer Akt, da es um Menschen geht, die alt und auf Hilfe angewiesen sind. Im Grundsatz geht es um ihre Würde, ihren Handlungsspielraum und unsere soziale Verantwortung. Es geht um die fundamentale Frage, wer in unserer Stadt über finanzielle Lasten entscheidet, die einschneidend für Bewohnende in GFA sein können. Der Stadtrat hat die Gebühren im Jahr 2024 mit einer durchschnittlichen Steigerung von 6200 Franken pro Person und Jahr spürbar erhöht. Für viele war die Erhöhung so hoch, dass sie nun Ergänzungsleistungen beziehen müssen. Weitere Erhöhungen in den Jahren 2027 und 2029 wurden bereits angekündigt. In diesem Rat müssen wir uns fragen, ob wir solche Entscheidungen dem Stadtrat überlassen oder als demokratisch gewähltes Gremium mitreden wollen. Die SP, AL und Grünen sind der Meinung, dass eine Entscheidung einer solchen Tragweite nicht der Verwaltung überlassen werden sollte. Auch über Abfallsack- oder Parkgebühren sprechen wir im Rat ausführlich, da sie relevant sind, obwohl sie betragsmässig gering sind. Es ist absurd zu behaupten, dass nicht diskutiert werden müsse, wenn es um eine Gebühr von mehreren Tausend Franken pro Person geht, die eine existenzielle Frage für Menschen darstellt. Für die Kommissionsminderheit ist das schwer nachzuvollziehen. Der Minderheit geht es nicht darum, die Expertise des GUD infrage zu stellen oder einen Zahlenbasar zu starten. Selbstverständlich wird die Grundlage der Gebühr von der Verwaltung ausgearbeitet werden, weil sie fachkundig ist. Die Genehmigung möglicher Taxerhöhungen und die Abwägung zwischen betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten und sozialer Verträglichkeit muss aber beim Gemeinderat liegen. Die Umsetzung, wie sie die Kommissionsminderheit und Ratsmehrheit beantragt, wird nicht zu tieferen Taxen führen, da wir am Taxsystem festhalten möchten. Das ermöglicht die dringend notwendige politische De-



batte im Rat über zukünftige Taxerhöhungen und ist die einzige Möglichkeit, die potenzielle Mehrbelastung demokratisch zu diskutieren. Es stimmt, dass sich Mehrheiten im Rat ändern können. Diese legitimiert dann die Taxe demokratisch in der Abstimmung. Die Kommissionsminderheit beantragt, der Änderung von Artikel 16 zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Deborah Wettstein (FDP): *Die FDP-Fraktion anerkennt, dass die Stadt Zürich eine wichtige Verantwortung im Altersbereich hat. Jedoch muss diese mit Vernunft, ökonomischem Sachverstand und Rücksicht auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wahrgenommen werden. Die PI geht aus unserer Sicht in die falsche Richtung – sachlich und politisch. Sie generiert falsche Anreize und eine ungerechte Belastung der Zürcher Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Wenn die Taxen in den städtischen GFA unter den effektiven Kosten liegen, entsteht ein falscher Anreiz für ältere Leute aus den Agglomerationen, um in die Stadt zu ziehen, um von den subventionierten Plätzen zu profitieren. Die Folge davon ist, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Menschen bezahlen müssen, die nie zu den städtischen Kosten beigetragen haben. Das ist weder fair noch tragbar und verschärft den Wohnungsmangel zusätzlich. Zudem werden privat-gemeinnützige und private Gesundheitszentren gefährdet. Für diese wird mit zu tiefen Taxen eine unfaire Konkurrenz geschaffen. Sie stellen heute rund die Hälfte der Plätze und stehen bereits unter Druck. Werden sie verdrängt, verlieren wir eine wichtige Stütze im System. Die Stadt kann und soll nicht alles selbst machen. Das wäre weder effizient noch bezahlbar. Die PI sendet auch falsche Signale zur Eigenverantwortung. Pauschale Verbilligungen für alle, unabhängig vom Vermögen, sind falsch. Es gibt viele Rentnerinnen und Rentner mit erheblichem Vermögen. Diese brauchen keine Subventionen. Unterstützt soll werden, wer es wirklich nötig hat, denn dafür haben wir Ergänzungsleistungen. Sozialpolitik mit Giesskannenprinzip bringt nichts, ist ökonomisch falsch und schadet der Eigenverantwortung. Die Kompetenzverschiebung zum Gemeinderat wollen wir nicht. Die PI will, dass dieser die Taxen festlegt. Obwohl ein Gutachten sagt, dass das rechtlich möglich wäre, ist es aus unserer Sicht keine gute Idee. Die heutige Regelung funktioniert und schafft Klarheit. Der Stadtrat hat den Durchblick, kennt die Kostenstruktur und kann sachlich entscheiden. Der Gemeinderat ist ein politisches Gremium. Die Gefahr ist gross, dass die Gebühren aus wahltaktischen Überlegungen festgelegt werden. Das schadet der Planungssicherheit und Qualität. Wir setzen uns für kostendeckende Taxen ein. Wenn jemand Unterstützung benötigt, kann sie oder er diese durch Ergänzungsleistungen erhalten – unabhängig vom Wohnort oder ob es ein städtisches oder privates Zentrum ist. Die FDP lehnt die PI und somit die Veränderung der VsEP ab. Für eine faire, nachhaltige Altersversorgung benötigt es Sachverstand, Eigenverantwortung und ein realistisches System – keine ideologisch motivierte Gebührenpolitik.*

Yves Peier (SVP): *Die Ermittlung der Kosten in städtischen Altersheimen ist komplex. Somit werden in Zukunft Taxen je nach politischen Mehrheiten statt nach realen Kosten festgelegt. Der Staat hat die Aufgabe, die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Angemessenheit sowie Transparenz zu prüfen. Seine Rolle ist die Aufsicht und nicht die Steuerung. Die SVP ist der Meinung, dass der Gemeinderat keine Aufgaben übernehmen soll,*



die die Verwaltung genauso machen kann. Die Kompetenzverschiebung enthält planwirtschaftliche Elemente. Die PI stellt eine enorme Konkurrenz zur Privatwirtschaft dar. Wieso sollte man ändern, was funktioniert? Wir lehnen die Kompetenzverschiebung ab.

Yves Henz (Grüne): Die Grünen setzen sich für ein würdiges Leben im Alter ein – für alle Menschen. Wir wollen nicht, dass die Belastung der massiven Taxerhöhung auf Verwandte abgewälzt wird oder dass Menschen Ergänzungsleistungen beziehen müssen. Die Bürgerlichen setzen jetzt auf die Ergänzungsleistungen, obwohl sie immer wieder Propaganda verbreiten, die Scham auf die Bezüger*innen wirft. An dieser Stelle drehe ich den Spiess um und finde, dass Sie sich schämen sollten, weil Sie Menschen in die Ergänzungsleistungen treiben. Die Voten fielen bisher sehr polemisch aus. Für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, ist keine Machtdemonstration. Weil wir die Unterstützung der Bevölkerung geniessen, können wir Gerechtigkeit erreichen. Das ist auf eine gewisse Art Macht, die wir ausüben, aber sie ist demokratisch abgestützt. Sie lassen die Rentner*innen lieber hängen. Der Wohnungsmangel hat mit dem vorliegenden Thema nichts zu tun. Die FDP soll lieber ihre Freunde bei der UBS oder beim Investment Banking dazu anhalten, die Mieten tief zu halten, um dieses Problem zu lösen. Weil wir allen ein würdiges Leben im Alter ermöglichen wollen, stimmen wir der PI zu.

Moritz Bögli (AL): Wir waren gegen die Erhöhung und wollten gegen sie vorgehen. Darum finden wir es immer noch wichtig, dass die PI umgesetzt und ein Umgang mit den höheren Taxen gefunden wird. Der Stadtrat ist genauso wie das Parlament demokratisch gewählt, doch gegen einen Stadtratsentscheid kann man politisch kaum vorgehen. Wir finden es richtig, dass schlussendlich das Volk über einen Entscheid von individuell grosser finanzieller Tragweite entscheiden kann. Um mehr geht es heute Abend nicht. Da wir uns nicht vor einer möglichen Volksabstimmung fürchten, finden wir es richtig, dass der Gemeinderat die Taxen mit einem referendumsfähigen Beschluss beschliessen soll. Es ist interessant, dass die SVP sofort abspringt, sobald es darum geht, Populismus mit tatsächlichen Geldbeträgen zu verknüpfen. Der PI stimmen wir zu.

David Ondraschek (Die Mitte): Die Fraktionen, die die PI weiterhin unterstützen, haben eineinhalb Jahre benötigt, um sich zu einigen, dass sie tatsächlich das wollen, was sie bei ihrer Einreichung verlangt hatten. Der Stadtrat wurde verunglimpft, indem behauptet wurde, dass er Betagte schröpfe, anstatt das Alter zu feiern. Dabei wird schlicht ausser Acht gelassen, dass der Stadtrat einen Job zu erledigen hat, was er in diesem Fall mit Umsicht getan hat. Er hat seinem gesetzlichen Auftrag entsprechend die Taxen nach Wirtschaftlichkeit festgesetzt und dabei den Kostendeckungsgrad so gelegt, dass er vergleichsweise moderat ist. Der Job des Gemeinderats ist es, dem Stadtrat angepasste strategische Rahmenbedingungen zu setzen, wenn wir wollen, dass er die Taxen tiefer ansetzt. Dafür sieht die Fraktion Die Mitte/EVP gute Gründe und ist gesprächsbereit. Verantwortung und Solidarität sind zwei unserer Eckpfeiler. Wir erwarten von allen Bürgerinnen und Bürgern, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten Verantwortung gegenüber sich selbst und der Gesellschaft wahrnehmen. Diese kann ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr wahrgenommen werden, denn der Alterungsprozess ist uns Menschen inhärent. Früher oder später sind wir alle auf Hilfe angewiesen und das unverschuldet.



Das ist der Moment, in dem die Solidarität ins Spiel kommt. Nach unserer Wertehaltung ist es zulässig und geboten, wenn Menschen in einem vernünftigen Rahmen finanziell entlastet werden, wenn sie unverschuldet zur Kasse gebeten werden – insbesondere dann, wenn die Rechnung sehr hoch ist. Das Prinzip der Solidarität darf auch bei betagten Menschen angewandt werden, die altersbedingt auf Pflege angewiesen sind. Der Fokus auf die wesentlichen humanen Prinzipien ging in dieser PI verloren. Für die künftigen Gespräche wünsche ich mir, dass wir uns wieder auf das Wesentliche besinnen: Dass wir als Gemeinderat letztlich die Verantwortung tragen, gute Rahmenbedingungen für die ganze Stadt und damit auch betagte Menschen mit Pflegebedarf zu schaffen. Selbstverständlich wollen wir als Gemeinderat bei Taxveränderungen in dieser Höhe mitreden, aber dafür müssen wir die Taxen nicht selbst festlegen. Wir haben die Möglichkeit, den Stadtrat über strategische Vorgaben anzuweisen, in welchem Rahmen er die Taxen anpassen soll. Wir lehnen die PI ab, da es für uns nicht zweckmässig ist, wenn die delegierten Kompetenzen zurück zum Gemeinderat kommen.

Nicolas Cavalli (GLP): *Die GLP hat keine Lust auf die politischen Rechnereien, die mit der PI auf uns zukommen werden. Die Berechnung der Taxen ist extrem komplex und wir massen uns nicht an, diese seriös machen zu können. Die PI stellt keinen Genehmigungsprozess, sondern eine Wunsch-dir-was-Liste dar. Die Taxfestsetzung muss betriebswirtschaftlich sinnvoll sein und das ist zukünftig nicht mehr der Fall. Zuvor wurde von Menschenwürde gesprochen und es steht ausser Frage, dass wir hinter zielgerichteter Hilfe stehen. Viele Menschen sind nicht auf solch tiefe Taxen angewiesen. Wenn man das nicht sieht, ist es nur Gutmenschentum und man politisiert an den wirklichen Bedürfnissen vorbei. Es wird vermittelt, dass sich der Stadtrat anmasste, sich diese Kompetenz zu geben – doch wir haben der Verordnung im Rat einstimmig zugestimmt. Warum habt Ihr das damals gemacht? Das würde mich interessieren. Was Ihr wollt, ist eine möglichst tiefe Rente für alle. Die Konsequenz ist, dass in den Medien Schlagzeilen zu lesen sein werden, dass die Stadt Rentner*innen vom Zürichberg finanziert – unter dem Label der sozialpolitischen Gerechtigkeit. In der Stadt meinen wir immer, dass wir Leuchtturmprojekte hätten. Winterthur hat aber bspw. ein Globalbudget mit einer klaren Vorgabe zum Kostendeckungsgrad. Dieser beträgt 100 Prozent. Wenn wir uns hier einigen, dass wir auf diese 100 Prozent abzielen, unterstützt die GLP das. Da Ihr diese Kosten aber weiter runterdrücken wollt, sind wir gegen die Kompetenzverschiebung.*

Thomas Hofstetter (FDP): *Das Votum von Yves Henz (Grüne) wirkte auf mich, als ob er das Thema nicht wirklich verstand und darum auf persönliche und politische Plattitüden ausweichen musste. Das könnten wir theoretisch auch, doch wir beschränken uns lieber auf die Fakten. Wir verstehen, dass die SP alte Menschen unterstützen will, doch wieso auch Millionäre vom Zürichberg dazu gehören, sehen wir nicht ein.*

Walter Anken (SVP): *Die SVP reichte die PI mit ein. Wir sahen nicht ein, wieso die Stadt nicht auch hier subventionieren sollte, wenn sie das bei vielen Kunstinstitutionen tut. Als bürgerliche Partei können wir aber unmöglich dafür stimmen, dass die privat-gemeinnützigen Organisation vom Markt verdrängt werden. Nach langer Diskussion kamen wir zum Schluss, dass wir dieser PI nicht zustimmen. Die SVP ist überzeugt davon,*



dass die Taxen zu einem politischen Spielball werden. Die Bewohnerinnen und Bewohner werden die Zeche zahlen. Wir wissen genau, dass es Florian Utz (SP) darum geht, die Taxe unter der Kostendeckung anzusetzen. Die tiefe Taxe bringt ein Drittel der Zentren in finanzielle Not und das wird zum Verlust von Pflegebetten führen. Die Stadt hatte die Taxe in den letzten 9 Jahren nicht erhöht. Nach der Erhöhung im Jahr 2024 beträgt der Kostendeckungsgrad nur 95 Prozent, was bedeutet, dass 5 Prozent der Kosten mit Steuergeldern bezahlt werden. Wenn die SP die Taxen nicht erhöhen möchte, werden massiv mehr Steuermittel eingesetzt werden. Hätte die Erhöhung nicht stattgefunden, müssten wir nun 14 Millionen Franken mehr an Steuermitteln einsetzen. Der Stadtrat besitzt alle Informationen und Kompetenzen, diese Taxe festzulegen – der Gemeinderat nicht. Niemand wird aus einem GFA geworfen, weil er für die Kosten nicht aufkommen kann. Dafür gibt es die Ergänzungsleistungen. STR Andreas Hauri sagte in der Kommission, dass es nach der Erhöhung in keinem Heim zu Klagen kam.

Florian Utz (SP): *So wie die Mehrheitsverhältnisse aussehen, scheint es ein guter Tag für die demokratische Teilhabe der älteren Generation und des Parlaments zu werden. Die PI entstand nicht im luftleeren Raum. Anlass dazu bot die Gebührenerhöhung im Jahr 2024, als der Stadtrat die Gebühren um durchschnittlich 6205 Franken erhöhte und weitere Erhöhungen ankündigte. Diese Gebührenerhöhung empfinde ich als ungerecht, da die Stadt einen Überschuss von 500 Millionen Franken erzielt und gleichzeitig Menschen in Alterszentren nicht an diesem finanziellen Erfolg teilhaben können. Das ist aber nicht der Kern der heutigen Sache, denn wir entscheiden lediglich, wer ein Mitspracherecht bei der Gebührenerhöhung hat. Es störte mich, dass diese wegen des Systems über die Köpfe der betroffenen Leute bestimmt wurde. Es ist nicht ersichtlich, wieso die SVP den älteren Menschen die demokratische Mitsprache verweigert, die sie selbst geniesst. Der Mangel an demokratischer Teilhabe bei den Gebühren der Alterszentren ist im System einmalig. Laut GLP und SVP sei das so, weil diese Gebühr nur einen kleinen Teil der Bevölkerung betreffe. Das ist despektierlich. Wenn wir für einen Müllsack mehr bezahlen müssen, können wir uns im Rat wehren oder Stimmbürgerinnen und -bürger können das Referendum ergreifen. Diese Mitsprache, die wir hier so gerne ausüben, steht auch den Seniorinnen und Senioren zu – besonders bei so hohen Beträgen.*

Samuel Balsiger (SVP): *Die SVP machte damals bei der PI mit, weil sie nicht möchte, dass der Staat zu teuer wird. Menschen sollen nicht zu viele Abgaben bezahlen müssen, das gilt auch im Altersheim. Die Diskussion, die wir eigentlich führen müssten, ist, wieso es in der Stadt so teuer ist und wie man es günstiger machen kann – für private und städtische Institutionen. Der Staat ist zu teuer, weil die neuen Alterszentren bspw. mit den höchsten Standards erstellt werden. Wer alt ist, möchte nur, dass genügend Platz für einen günstigen Preis verfügbar ist. Im Pflegebereich gibt es eine Menge Bürokratie, die abgebaut werden müsste. Zu 30 Prozent ist man mit bürokratischen Abläufen beschäftigt, die man nicht braucht. Darum reichten wir die PI mit ein. Aber als wir sahen, wie die Diskussionen in der Kommission abliefen, schauderte uns beim Gedanken, wie es zukünftig im Rat ablaufen würde. Die Privaten äusserten ihre Bedenken. Diese nahmen wir als Gedankenanstösse in die Fraktionsberatung mit. Umgeschwenkt sind wir schlussendlich, weil wir Bedenken gegenüber den Abläufen in der Kommission hatten.*



Sven Sobernheim (GLP): Es wurde nicht über den Kopf der Betroffenen hinweg entschieden. Diese haben ein Rekursrecht, erhielten eine Rechtsmittelbelehrung und nahmen die Tatsache zur Kenntnis. Keine einzige betroffene Person legte Rekurs ein. Zudem stimmt es nicht, dass der Stadtrat nur hier die Kompetenz hat, eine Gebühr festzulegen. Es gibt viele weitere Beispiele. Es ist keine Ausnahme, dass wir dem Stadtrat die Kompetenz für Gebühren geben, sondern ein bewusster Entscheid. Das Parlament ist zum Beispiel im Fall der Tarife der thermischen Netze nicht zu einer verständlichen Lösung gekommen. Es ist schwer zu glauben, dass diese Tarifbestimmung bei der Pflege einfacher wird. Geben Sie einfach zu, dass das der einzige Hebel war, der Ihnen eingefallen ist, um die Gebühren zu senken. Die Sache hat nichts mit Kompetenzen zu tun.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es ist schwierig, bei dieser teils hochpolemischen Debatte den Durchblick zu behalten. Das Problem liegt darin, dass wir oft nicht über die Gebühren entscheiden können. Bei Krankenkassengebühren oder dem Umwandlungssatz der Pensionskasse wird oft argumentiert, dass ältere Leute unter den vorgeschlagenen Veränderungen leiden. Hier gibt es leider einige Ungerechtigkeiten, aber auch Ansprüche, die ins Endlose gehen können. Es wurde gesagt, dass man Ergänzungsleistungen beanspruchen könne, wenn die Kosten zu hoch würden. Hier muss man sich im Klaren sein, dass die Ergänzungsleistungen nur dann greifen, wenn ein Vermögensverzehr auf 40 000 Franken stattgefunden hat. Das bedeutet, dass diejenigen, die sparen, das Nachsehen haben. Es ist eine schwierige Debatte, die keinen direkten Schluss auf die Gerechtigkeit zulässt, da viel Willkür in der Bürokratie enthalten ist. Darum kann ich mich nicht zwischen den Seiten entscheiden und werde mich enthalten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Es war keine einfache Debatte. Man muss aufpassen, wenn man versucht zu unterscheiden, wer für ein würdiges Altern in der Stadt sorgt und wer nicht. Ich bedaure es, wenn Sie die Taxverordnungskompetenz verschieben, da es aus der Sicht des Stadtrats keine Notwendigkeit gibt und sie momentan richtig positioniert ist. Die GFA leisten hervorragende Arbeit. Rund 4000 Mitarbeitende kümmern sich täglich um etwa 3000 Bewohnende an über 40 Standorten in der Stadt Zürich. Sie schauen, dass die Menschen ein würdiges Leben mit viel Respekt führen können. Die städtischen Gesundheitszentren haben einen Marktanteil von rund 50 Prozent. Daneben gibt es einen Teil an gewinnorientierten und privat-gemeinnützigen – also nicht gewinnorientierten – Unternehmen. Das bedeutet, dass sich die Gesundheitszentren in einem kompetitiven Umfeld befinden. Der Stadtrat ging sehr umsichtig und sorgfältig mit der Taxanpassung um und hat seit 9 Jahren keine Erhöhung vorgenommen. Allen ist bewusst, dass die Kosten in dieser Zeit auf allen Ebenen gestiegen sind. Wir müssen schauen, dass das Minus der GFA nicht ins Uferlose wächst. Für die Erhöhung wurden Übergangsfristen zur Abfederung eingeplant. Der Preisüberwacher hiess die Berechnung der Taxen gut. Zur Mitsprache der Betroffenen und Angehörigen: Trotz Kommunikation über die Taxerhöhung gingen keine Handvoll Reklamationen ein. Die neuen Gebühren wurden



*akzeptiert. Kein Rechtsmittel wurde ergriffen, obwohl es möglich gewesen wäre. Der demokratische Prozess wurde eingehalten. Heute beziehen 50 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner Ergänzungsleistungen. Das ist richtig so, da wir wollen, dass alle betagten Menschen in eine Altersinstitution kommen können, unabhängig von ihrer finanziellen Situation. Die Taxanpassung betrifft etwa 1500 Bewohnerinnen und Bewohner. Es ist vorstellbar, dass von dieser Zahl einige nicht mehr für die Kosten aufkommen können. Doch genau dafür ist das System der Ergänzungsleistung da. Wenn die Taxen tief gehalten werden, wird eine Wettbewerbsverzerrung stattfinden. Auch nach der Anpassung ist die Taxe unter dem Schnitt, da wir keine volle Kostendeckung eingeplant haben. Als die PI eingereicht wurde, brachten wir Vorschläge für Kompromisslösungen; etwa, dass wir wie in Winterthur zukünftig den Kostendeckungsgrad bestimmen. Das wurde genauso abgelehnt wie der Vorschlag, dass die ambulanten Taxen dem Stadtrat als Kompetenz überlassen werden. Wenn Sie die PI so überweisen, werden Sie nicht nur über die Hotelkategorien und die Betreuungstaxe entscheiden, sondern auch darüber, wie viel die Bewohner*innen zurückerhalten, wenn sie ein Nachtessen nicht einnehmen oder das Zimmer selbst putzen. Das ist aus meiner Sicht nicht seriös. Wir haben Fachleute, die genau wissen, was wie viel Aufwand generiert und wir haben die politische Sicht, wie wir im Markt stehen. Wir wollen kompetitiv bleiben und haben nie gesagt, dass wir auf 100 Prozent Kostendeckung abzielen. Daher ist es für mich klar, dass die Taxkompetenz jetzt am richtigen Ort ist und bleiben soll. Dass der Entscheid wohl anders ausfallen wird, bedaure ich sehr. So werden wir nicht zu besseren Taxen kommen oder ältere Menschen glücklicher machen. Den Entscheid werde ich respektieren, denke aber, dass sich viele im Rat bewusst sind, dass er langfristig in der Umsetzung nicht praktikabel ist. Ich hoffe, dass wir rasch nach einer Lösung suchen können, wie wir diese Kompetenz richtig verteilen und Rahmenbedingungen schaffen können. Ich danke Ihnen, wenn Sie die PI ablehnen oder im Anschluss bei einer guten Lösung mitarbeiten.*

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Der geänderte Artikel der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP) ist durch die RedK zu überprüfen (Art. 70 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 213 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.



10 / 10

Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VSEP, AS 813.150)

Festlegung der
Taxen

Art. 16 Der Gemeinderat legt die Taxen gemäss den in den Art. 8–15 festgelegten Grundsätzen in einer Verordnung fest.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat